

# Klimaschutz und Migration – ein linksgrüner Zielkonflikt

geschrieben von Admin | 25. Oktober 2023

**Ein Dilemma für die selbsternannten Weltretter: Die unkontrollierte Massenmigration nach Deutschland verschlechtert signifikant die globale, vor allem aber die deutsche CO2-Bilanz.**

**von Wolfgang Meins**

Zielkonflikte gibt es zahlreiche, sei es in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder auch im ganz Privaten, z.B.: „Ich liebe dich und würde dich auch gerne heiraten, aber leider gibt es da noch eine Andere.“ Es geht also um spezielle Konflikte, die dadurch entstehen, dass sie nicht gleichzeitig und im selben Umfang gelöst werden können. Ein typischer Zielkonflikt für linksgrüne Politiker dürfte sein, Klimaschutz einerseits und Migration andererseits unter einen Hut zu bringen. Denn die unkontrollierte Massenmigration nach Deutschland verschlechtert, wie noch genauer zu zeigen sein wird, signifikant die globale, vor allem aber die deutsche CO2-Bilanz.

Eine Problemlage, die im Übrigen bisher kaum thematisiert worden ist. Womit bereits eine für das linksgrüne Milieu typische Lösungsstrategie genannt ist, nämlich einen Zielkonflikt auf ideologiebelastetem Terrain gar nicht erst als solchen genauer zu benennen, sondern ihn möglichst zu beschweigen. Besser noch, sozusagen die hohe Schule ideologischer Verbohrtheit, die Realität nur selektiv wahrzunehmen und damit eine Seite der Problemlage einfach kognitiv auszublenden. Hilfreich, und nicht selten auch zwingende Voraussetzung für diese Strategie, ist allerdings eine stille Übereinkunft im Sinne eines Schweigegelübdes der Politik mit Medien und möglichst auch Wissenschaft.

Es geht hier also um einen Konflikt, den unsereiner, als Skeptiker des ausschließlich oder auch nur überwiegend menschengemachten Klimawandels nicht hat und mit dem entsprechend gelassen umgegangen werden kann – auch im Vertrauen auf Anpassungsfähigkeit und Erfindergeist des modernen Menschen. Ganz anders als diejenigen, die klimawandelmaßig voll auf Linie sind. Denen müsste die anhaltende Massenmigration eigentlich zunehmend schlaflose Nächte bereiten, bringt sie uns doch mit jedem Grenzübertritt der Klimaapokalypse einen Schritt näher.

Vom Regen in die Traufe

Da wöhnen die Schutzsuchenden sich nach mühsamer und gefährlicher Flucht endlich in Sicherheit, tatsächlich aber geraten sie durch ihre Befeuerung der „Klimakrise“ – aufgrund ihres mit dem Grenzübertritt fortan deutlich höheren CO2-Ausstoßes – vom Regen in die Traufe. Das

Problem wird deutlich, vergegenwärtigt man sich den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf in den typischen Herkunftsländern der Migranten einerseits und den hiesigen andererseits.

Laut Wikipedia betrug im Jahr 2020 diese CO<sub>2</sub>-Emission in Deutschland 7,7 t. In den typischen Herkunftsländern der aktuellen Migrantengeneration emittierten die Menschen 2020, wenngleich auch eher unfreiwillig, deutlich weniger CO<sub>2</sub> pro Kopf: Irak 4,6 t, Marokko 1,8 t und Syrien 1,4 t – ganz zu schweigen von den in Subsahara-Afrika gelegenen Herkunftsländern, wie z.B. Senegal und Nigeria mit je 0,6 t oder Ghana mit 0,5 t. Noch klimafreundlicher sind die Verhältnisse in Afghanistan mit 0,3 t oder auch Somalia mit 0,0 t – geht doch!

Eine verschollene „Kurzanalyse“

Zu Beginn der gegenwärtigen Migrationskrise, also seit 2015, wurde von wissenschaftlicher Seite – in einer Art Kooperation mit zwei Medien – dieses Problem durchaus auch noch aufgegriffen. Nach meinen Recherchen allerdings nur dieses eine Mal – und seitdem nie wieder. Ende 2015 berichtete der Spiegel über das hier interessierende Thema und erwähnte eine ihm vorliegende „Kurzanalyse“ von Prof. Dr. Andreas Löschel, die allerdings heute weder im Netz noch in *Löschels* Publikationsverzeichnis auffindbar ist. Einen Monat später folgte dann der Deutschlandfunk in Form eines Interviews mit *Löschel*, der unter den deutschen Ökonomen eine relativ große Nummer ist und den Lehrstuhl für *Umwelt-/Ressourcenökonomik und Nachhaltigkeit* an der Ruhr-Universität Bochum innehat.

Dieser Wissenschaftler war zudem Leitautor des Weltklimarates für den 5. und 6. Sachstandsbericht und ist darüber hinaus bis heute Vorsitzender der Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“, also sozusagen der wissenschaftliche Obersupervisor unserer Energiewende. Im Folgenden soll weder das deutsche Energiewende-Fiasko grundsätzlich verhandelt werden noch die wahlweise philosophische oder psychologische Frage, wie man sich als Lehrstuhlinhaber so einen Job freiwillig antun kann. Es geht vielmehr ausschließlich um *Löschels* Erkenntnisse zur hier speziell interessierenden Frage.

Seinerzeit, also 2015, galt, dass der nationale CO<sub>2</sub>-Ausstoß (von 1990) bis 2020 um 40 Prozent zu sinken hat. Wegen absehbarer Gefährdung dieses Ziels hatte die Merkel-Regierung damals bereits eine milliardenteure Abwrackprämie für Braunkohlekraftwerke beschlossen. Durch den starken Zuzug von Migranten, so *Löschel* damals, drohe nun eine neue Lücke bei den nationalen Klimazielen. Es gelte nämlich eine Art Faustregel: „Eine Million Einwohner mehr erhöhen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Schnitt um 6,4 Millionen Tonnen pro Jahr. Das entspräche gut der Hälfte des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, den die acht abgeschalteten Braunkohleblöcke einsparen sollen.“ Bekanntlich hatte Deutschland damals – trotz des coronabedingten wirtschaftlichen Einbruchs – seine Klimaziele verfehlt

und 2020 gegenüber 1990 nur eine Minderung von 38,7 Prozent erreicht.

Er ist ein Guter!

Vorausgehend exkulpierend bringt der *Spiegel* seinen Lesern im dafür typischen Jargon schonend bei, dass *Löschel* – trotz seiner unerfreulichen Ergebnisse – ein Guter sei, der durchaus dafür ein Bewusstsein habe, „wie heikel das von ihm angeschnittene Thema ist. Rechtspopulisten könnten seine Studie für ihre kruden Thesen nutzen.“ Wahrscheinlich sind solche „Thesen“ gemeint wie „Klimaziele wegen der Flüchtlinge in weite Ferne gerückt“ oder „Klimakrise spitzt sich wegen Flüchtlingswelle weiter zu“ oder auch „Klimaschutz und grenzenlose Aufnahme von Flüchtlingen vertragen sich nicht“.

Bevor wir uns der Frage zuwenden, wie sich die Lage an der CO<sub>2</sub>-Front seitdem entwickelt hat, sei noch kurz ein anderer klimarelevanter Aspekt gewürdigt. Wenn *Löschel* nämlich zu dem Schluss kommt, die globalen Migrationsströme hätten kaum Effekte für die weltweite Klimabilanz, da die betroffenen Menschen künftig einfach in einem anderen Land den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöhen, indem sie arbeiten, heizen, mobil sind und zudem die Erstellung von Gütern fördern, vermag das nicht wirklich zu überzeugen: Wenn z.B. eine Million Afghanen nach Deutschland kommen, erhöht sich, grob geschätzt, ihr CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Jahr nach den o.g. Zahlen mal eben um den Faktor 26! Sie würden dann nicht mehr, wie in ihrer Heimat, für 300.000 t CO<sub>2</sub> verantwortlich sein, sondern für 7,7 Millionen t! Ob die globalen Migrationsströme einen relevanten Effekt auf den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben, hängt also nicht unwesentlich von der schieren Anzahl der Migranten ab und ganz besonders davon, von wo nach wo sie wandern. Eine Migration von Syrern oder Irakern nach Afghanistan oder Somalia wäre sozusagen praktizierter Klimaschutz.

Vielleicht sollte *Löschel* dieses CO<sub>2</sub>-Problem einmal für die von interessierter Seite ja immer wieder gern aus dem Hut gezauberten, bis jetzt allerdings nicht real existierenden, sogenannten Klimaflüchtlinge durchrechnen. Die Weltbank zum Beispiel prognostiziert immerhin 216 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2050, v.a. aus Subsahara-Afrika, von denen allerdings drei von vier Menschen innerhalb ihres Landes umsiedeln, so zumindest die Prognose. Da kannte die Weltbank allerdings noch nicht die Forderungen des die Bundesregierung beratenden Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR), nämlich denjenigen, die durch die Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlieren, einen „Klima-Pass“ für einen Daueraufenthalt oder eine „Klima-Card“ für einen befristeten Aufenthalt in Deutschland auszustellen. Das sind ganz zweifellos Superideen, zumal die Bundesregierung damit, wie es völlig ironiefrei heißt, international eine Vorreiterrolle einnehmen könne.

Das Problem wegdefiniert

In den verschiedenen Monitoring-Berichten der Expertenkommission zum

Stand der Energiewende während der letzten Jahre finden sich, nicht unerwartet, keinerlei konkrete Hinweise auf migrationsbedingte demographische Veränderungen und deren Auswirkungen auf den sog. Klimaschutz bzw. den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Lediglich im Monitoring-Bericht für das Berichtsjahr 2015, der im Dezember 2016 erschien, heißt es – äußerst vage und allenfalls teilweise zutreffend –, dass auch exogene, „von der Bundesregierung nicht beeinflussbare Faktoren“ wie z.B. demographische Veränderungen die „Zielerreichung“ erschwert hätten. Darüber hinaus wollen diese Experten der Bundesregierung das Leben nicht unnötig schwer machen und gehen der Einfachheit halber für ihre Prognosen offenbar davon aus, dass der Migrantenzustrom 2015 die ganz große Ausnahme war und fortan, zumindest bis 2020, die Einwohnerzahl Deutschlands auf dem 2015er Niveau verharret – folglich mit nur geringem Einfluss auf die Energiewendeziele.

Tatsächlich allerdings nahm die Einwohnerzahl ab 2016 bis 2020 noch einmal um eine Million zu und anschließend, bis Ende Juni 2023, gar um weitere 2,3 Millionen. Ende dieses Jahres werden voraussichtlich knapp 86 Millionen Menschen in Deutschland leben, also rund 5 Millionen mehr als noch 2014. Nach der *Löschelschen Faustregel* würde das folglich eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 2024 bis 2030 – im Vergleich zu 2014 – um etwa 32 Millionen Tonnen pro Jahr bedeuten, dem jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 20 Braunkohlekraftwerken entsprechend. Und das auch nur unter der eher unwahrscheinlichen Annahme einer ab 2024 nicht weiter wachsenden Bevölkerung – bei zudem mittlerweile völlig illusorischen CO<sub>2</sub>-Einsparzielen, die der deutschen Energiewirtschaft im Rahmen des Klimaschutzgesetzes für den Zeitraum von 2024 bis 2030 auferlegt wurden.

***Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Wolfgang Meins ist Neuropsychologe, Arzt für Psychiatrie und Neurologie, Geriater und apl. Professor für Psychiatrie. In den letzten Jahren überwiegend tätig als gerichtlicher Sachverständiger im zivilrechtlichen Bereich.***

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier